



HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Gerichtsurteil ist Dokument des Scheiterns – Landesregierung hat beim Luftreinhalteplan versagt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung bei der Erstellung des Luftreinhalteplans versagt hat und aus diesem Grund von der Deutschen Umwelthilfe verklagt wurde und das Gerichtsurteil dieses Scheitern dokumentiert.
2. Der Landtag stellt fest, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden das Scheitern der schwarzgrünen Landesregierung in der Mobilitätspolitik belegt. Das Diesel-Fahrverbot für Frankfurt ist also auch das Ergebnis einer missratenen Landespolitik. Schwarzgrün ist an der wichtigen Zukunftsaufgabe, heute die Mobilität von morgen in unserem Land zu organisieren, vollständig gescheitert. Die dringend nötige Verkehrswende wird mit einer CDU-Landesregierung niemals stattfinden.
3. Der Landtag stellt fest, dass Fahrverbote einkommensschwache Bürger und kleine Handwerksbetriebe am härtesten treffen. Deshalb setzen wir auf Innovation statt auf Verbote, die einer Enteignung von Fahrzeugen gleichkommen.
4. Der Landtag stellt fest, dass nach dem Urteil jetzt kein Weg mehr daran vorbei führt, die Autoindustrie zur Nachrüstung der EURO-5-Diesel zu zwingen. Der Bundesverkehrsminister muss endlich anordnen, dass die betroffenen Fahrzeuge mit SCR-Katalysatoren ausgestattet werden – natürlich auf Kosten der Hersteller, nicht zu Lasten der Besitzer oder gar aller Steuerzahler. Die Automobilindustrie hat ihren Kunden Fahrzeuge verkauft, die nur auf dem Papier sauber waren, tatsächlich aber Schadstoffmengen jenseits aller Grenzwerte produzierten. Das Problem müssen die Hersteller lösen, die es verursacht haben. Die Nachrüstung ist möglich, sie ist hochgradig wirksam und sie ist mit Kosten von rund 1.500 Euro pro Fahrzeug auch wirtschaftlich vertretbar.

Wiesbaden, den 2018

Der Fraktionsvorsitzende:

Thorsten Schäfer-Gümbel